

Winfried Baumgart

Österreich und Preußen im Krimkrieg 1853–1856

Neue Forschungsergebnisse aufgrund der
österreichischen Akten *

1. Zur Forschungslage

Die orientalische Frage, in welcher der Krimkrieg einen Höhepunkt darstellt, gehört zu den verwickeltsten, aber reizvollsten Themen der Geschichtsschreibung. Sie hat wegen ihrer schier unauslotbaren Komplexität nicht nur Generationen von Historikern in ihren Bann geschlagen; auch Mitlebende und besonders mithandelnde Politiker hat sie immer wieder wegen ihres unüberschaubaren Reichtums an Ursachen und Folgen verblüfft und vor kaum lösbare Aufgaben gestellt. Vom Fürsten Metternich gibt es mehrere Zeugnisse aus der Anfangsphase des Krimkriegs, aus denen sein Unmut und seine Verzweiflung über das Übermaß an menschlicher Torheit, die zu der Krisis geführt hatte, sprechen, aber auch das überwältigende Gefühl von der unheimlichen Rätselhaftigkeit der orientalischen Frage, die er mit seinem erfahrenen Intellekt nur schwer zu durchdringen vermochte. Kurz vor der englisch-französischen Kriegserklärung an Rußland Ende März 1854 bekannte er dem preußischen Sondergesandten Edwin von Manteuffel resigniert: „Die vollständige Confusion [. . .] finde heute statt u. darin liege die Hauptgefahr in der gegenwärtigen politischen Lage. Denken an diese Lage könne man, denken über diese Lage könne man aber nicht. Zum Denken gehöre eine Basis, von der man ausgehe, – die habe man aber nicht; es sei eben nur Confusion da.“

Von Konfusion, von Irrungen und Wirrungen kann man auch sprechen, wenn man an die Art und Weise denkt, wie einige Hauptfragen des

*Vortrag, gehalten vor der Preußischen Historischen Kommission am 18. Februar 1980 in Berlin.

¹ E. v. Manteuffel an Friedrich Wilhelm IV., Wien, 24. März 1854 (Zentrales Staatsarchiv [ZStA] Merseburg, Rep. 50 E, Nr. 27, Vol. I, f. 167). Vgl. auch: Briefe des Staatskanzlers Fürsten Metternich-Winneburg an den österreichischen Minister des Allerhöchsten Hauses und des Äußern, Grafen Buol-Schauenstein aus den Jahren 1852–1859. Hrsg. v. Carl J. Burckhardt, München und Berlin 1934, z. B. S. 92, Metternich an Buol, 18. Juni 1853: „Unbefangene Blicke vermögen in der Verwicklung nur Absurda zu entdecken.“ – S. 156, Metternich an Buol, 27. Mai 1854: „Eine confusere politische Lage hat die Geschichte wohl kaum aufzuweisen, als d i e des Tages es ist.“

Krimkrieges in der Geschichtsschreibung behandelt worden sind². Ein wesentlicher Grund dafür ist die ungenügende Quellengrundlage, von der man bisher als Forscher ausgehen mußte. Für keinen der größeren europäischen Kriege der Neuzeit ist die Quellenlage so desolat wie für den Krimkrieg. Diesem Zustand wird jetzt durch die im Erscheinen begriffene Edition von „Akten zur Geschichte des Krimkrieges“³ abgeholfen. Jeder der am Krieg unmittelbar oder mittelbar beteiligten europäischen Großmächte werden zwei bis vier Aktenbände gewidmet. Für Österreich liegt die dreibändige Edition jetzt vollständig vor. Sie vereinigt auf über 2 500 Seiten rund 1 300 Akten vornehmlich aus dem Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv und dem Kriegsarchiv. In einer zweiten Reihe sollen die preußischen Akten in zwei Bänden folgen. Ihr Erscheinen ist in absehbarer Zeit zu erwarten. Für die englischen Akten, denen vier, und für die französischen Akten, denen drei Bände gewidmet werden sollen, sind Vorbereitungen zwar ebenfalls schon getroffen; wegen Finanzierungsschwierigkeiten mußte die Arbeit daran jedoch eingestellt werden.

Aufgrund der nun gedruckt vorliegenden österreichischen Akten kann, wenn auch noch nicht abschließend, gesagt werden, daß in Wien der Schlüssel für die politische Entwicklung des Krieges zu suchen ist, ebenso wie in Sevastopol der Schlüssel für den militärischen Verlauf des Krimkrieges liegt. Ohne die österreichische Beteiligung waren die beiden Westmächte außerstande, den Krieg gegen Rußland wirksam im Sinne einer nachhaltigen Schwächung des Gegners zu führen; sie konnten keinen regelrechten Frontenkrieg anfangen, da ihnen die breite Landfront durch Österreich und Preußen blockiert blieb, und vermochten so dem russischen Koloß nur an den Flanken, im Schwarzen Meer und in der Ostsee, Nadelstiche zu versetzen oder, wie es Metternich einmal ausdrückte⁴, nur um die Ecke zu schießen.

² Vgl. den Forschungsbericht von Winfried Baumgart: Probleme der Krimkriegsforschung. Eine Studie über die Literatur des letzten Jahrzehnts (1961–1970), in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 19 (1971) S. 49–109, 243–264, 371–400. Die früheren Forschungsberichte von Brison D. Gooch und Edgar Hösch sind dort S. 52 Anm. 17 und 18 genannt; zur im folgenden angesprochenen Quellenlage ebenda S. 53–54.

³ *Akten zur Geschichte des Krimkriegs [AGKK]. Serie I. Österreichische Akten zur Geschichte des Krimkriegs.* Hrsg. v. Winfried Baumgart. Bd. 1 (1852 XII 27–1854 III 25). Bearb. v. Ana María Schop Soler. – Bd. 2 (1854 III 30–1855 IX 9). Bearb. v. Werner Zürrer. – Bd. 3 (1855 IX 10–1856 V 24). Bearb. v. Winfried Baumgart, München 1979–80.

⁴ Brassier de St. Simon an O. v. Manteuffel, Wien, 3. November 1854; Otto Frhr. v. Manteuffel: *Preußens auswärtige Politik 1850 bis 1858. Unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlasse des Ministerpräsidenten Otto Frhrn. v. Manteuffel.* Hrsg. v. Heinrich v. Poschinger, Bd. 2 (1852 XII 2–1854 XII 14), Berlin 1902, S. 537, zit. Manteuffel.

2. Österreich und die Frage des Kriegseintritts

Eine der Kardinalfragen der österreichischen wie auch der gesamt-europäischen Krimkriegspolitik ist diejenige nach dem Kriegswillen und den Kriegsabsichten Österreichs. Zeitgenossen und Generationen von Historikern – selbst solche, die österreichische Quellen benutzt haben, wie Heinrich Friedjung⁵, Heinrich Ritter von Srbik⁶, Kurt Borries⁷, Franz Eckhart⁸ – haben diese Frage in der falschen Richtung beantwortet, indem sie zumindest von festen Kriegsabsichten der österreichischen Führung, vor allem des Außenministers Grafen Buol, ausgingen. Es gab aber doch den einen oder anderen Zeitgenossen – man wird sie aber an den Fingern einer Hand abzählen können –, der sich die Beantwortung dieser Frage nicht leicht machte und hinter der Taktik Buols ein meisterhaftes Spiel vermutete. So vertraute Leopold von Gerlach, Generaladjutant König Friedrich Wilhelms IV., am 26. September 1854, nach der Landung alliierter Truppen auf der Krimhalbinsel, seinem Tagebuch an⁹: „Wenn Österreich beweisen kann, daß es nie den Krieg mit Rußland gewollt, so hat es vortrefflich manöverirt. Dann würde ich ihm selbst seine theure Mobilmachung verzeihen, welcher es die so wichtige Besetzung der Fürstenthümer verdankt, wodurch es eine Stellung im Orient erhalten oder wiedergewonnen hat. Hat aber Österreich wirklich den Krieg mit Rußland gewollt und ist es davon nur durch Preußen abgehalten worden, indem es die Preußische Armee weder in seinem Rücken leiden, noch mit den Westmächten alleinstehen wollte, so ist Oesterreich Preußen den größten Dank schuldig, daß es von dem Kriege mit Rußland zurückgehalten worden ist. Wie steht nun aber dieses in Wahrheit?“

Gerlach hat diese Frage nicht beantwortet, konnte sie auch nicht beantworten, da ihm der Zugang zu den geheimsten Absichten Österreichs verschlossen bleiben mußte. Daß er sie aber stellte, zeigt, daß er auf den großen Bluff Buols nicht hereinfiel, der das Wort „Krieg“ stets im Munde führte und Vorbereitungen militärischer und diplomatischer Art (die Mobilmachung der österreichischen Truppen, ihren Einmarsch in die

⁵ Heinrich Friedjung: Der Krimkrieg und die österreichische Politik, Stuttgart/Berlin ²1911 [1. Auflage 1907].

⁶ Heinrich Ritter von Srbik: Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz, Bd. 2, München (1935, ³1940).

⁷ Kurt Borries: Preußen im Krimkrieg (1853–1856), Stuttgart 1930, zit. Borries.

⁸ Franz Eckhart: Die deutsche Frage und der Krimkrieg, Berlin/Königsberg 1931 (Osteuropäische Forschungen, N. F. 9), zit. Eckhart.

⁹ Leopold von Gerlach: Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs, Generals der Infanterie und General-Adjutanten König Friedrich Wilhelms IV. Nach seinen Aufzeichnungen hrsg. v. seiner Tochter, Bd. 2, Berlin 1892, S. 214, zit. Gerlach, Denkwürdigkeiten.

Donaufürstentümer, den Abschluß von Defensiv- und Offensivbündnissen mit Preußen am 20. April 1854 und den Westmächten am 2. Dezember 1854) traf, dadurch aber gerade den Beitritt Österreichs zum Krieg hintanhaltend und einen Weltkrieg verhütete.

Buol und sein Kaiser, Franz Joseph, handelten von 1853–1856 beharrlich und konsequent nach der Devise: *si vis pacem, bellum para*. An wenigen, aber markanten Stellen in den österreichischen Akten kann nachgewiesen werden, daß Buol zu keinem Zeitpunkt den österreichischen Kriegsbeitrag beabsichtigt, geschweige denn gewollt hat¹⁰. Durch das russische Vorgehen gegenüber der Türkei – durch die berühmte Mensikow-Mission mit ihrer Forderung nach einem russischen Protektorat über die christlichen Untertanen des Sultans und durch den Einmarsch russischer Truppen in die Donaufürstentümer –, schließlich durch die Orlov-Mission im Januar 1854 in Wien, durch die der Zar dem österreichischen Kaiser die gemeinsame Aufteilung der Türkei vorschlug, erschienen ihm nicht nur österreichische Interessen auf dem Balkan verletzt, sondern auch das europäische Gleichgewicht empfindlich gestört. Dem Zaren mußte jetzt nicht bloß ein Halt, sondern ein deutliches Zurück zugerufen werden. Das schien seit der Orlov-Mission nur noch durch die Kriegsdrohung wirksam möglich zu sein. Den Krieg selbst als *Ultima ratio* schloß dieses Kalkül nicht gänzlich aus; denn vier mächtigen Gegnern hätte der Zar, wie er auch einmal selbst bekannte¹¹, weit schneller nachgegeben als zweien. Aber viel wahrscheinlicher war es, den Zaren durch die bloße Kriegsdrohung einer dritten Großmacht zum Rückzug zwingen zu können.

Jedenfalls hat Buol mit dieser Taktik Erfolg gehabt. Von politischen und militärischen Freunden wie Gegnern wurde ihm stets prophezeit, daß diese oder jene Maßnahme – etwa die österreichische Sommation an Rußland vom 3. Juni 1854 zur Räumung der Donaufürstentümer oder das Ultimatum vom 16. Dezember 1855 zur Unterzeichnung von fünf Friedensbedingungen¹² – den sicheren Krieg mit Rußland bedeuten würde. Jedemal jedoch wich der Zar, wenn auch nach langem, quälendem Zögern, vor dem Druck zurück. Man kann die ganze Kette von diplomatischen Maßnahmen,

¹⁰ Winfried Baumgart: Die Aktenedition zur Geschichte des Krimkriegs. Eine Zwischenbilanz auf Grund der österreichischen Akten, in: Ostmitteleuropa. Berichte und Forschungen. Hrsg. v. Ulrich Haustein [u.a.], Stuttgart 1981, S. 217–236 (hier S. 218–225), zit. Baumgart, Aktenedition.

¹¹ Bunsen an O. v. Manteuffel, London, 29. Juni 1853 (Manteuffel, S. 110).

¹² Dazu je ein Beispiel aus den Quellen: 1. Friedrich Wilhelm IV. an Alvensleben, Sanssouci, 6. Juni 1854: „Nikol. [Zar Nikolaus] hat hundert Mal gegen Edwin Manteuffel, Ministern. etc. erklärt, das Östreichs Einrücken in die Wallachey seine unmittelbare Kriegserkl. g. Östreich zu folge haben würde.“ (ZStA Merseburg, Rep. 50 E, Nr. 27, Vol. II, f. 2–3). 2. Lago an Buol, Stuttgart, 28. Dezember 1855, der württembergische Außenminister im Gespräch mit Lago: „Nach Allem zu urtheilen

die unter österreichischer Initiative zustandekamen – angefangen mit der Wiener Note vom August 1853 bis hin zu dem eben genannten Ultimatum – als eine einzige Stufenleiter von immer höheren an Rußland gerichteten Umkehrforderungen ansehen, denen der Zar schließlich, aber mit jeweils größeren Opfern nachgab. Das Geheimnis der Politik Buols war, Rußland über jeden der österreichischen Schritte, was den österreichischen Kriegswillen betraf, in Unsicherheit zu wiegen¹³.

Diese Taktik wurde aber nicht nur gegenüber Rußland, sondern, wenn auch nicht in demselben Maße, gegenüber den Westmächten und auch gegenüber Preußen angewandt. Der an Rußland gerichteten Kriegsandrohung entsprach das den Westmächten gegebene Kriegsverprechen, das aber immer vage gehalten, jedenfalls mit zahlreichen Bedingungen verknüpft war, durch die Buol seine Partner zum Verhandlungstisch nötigen wollte. Gegenüber Preußen mußte der gleiche Unsicherheitsfaktor ins Spiel gebracht werden, damit nicht auf dem Umwege über Berlin der Zar die österreichische Verwirrpolitik durchschaute. Als einer der ganz wenigen war es wieder Leopold von Gerlach, der sich einen Reim aus der österreichischen Politik zu machen verstand und damit der historischen Wahrheit sehr nahekam. In einem Rückblick schrieb er am 21. Juni 1855 in sein Tagebuch¹⁴: „Man schloß den April-Vertrag [. . .]. Oesterreich schloß nun sogar den Traktat vom 2. Dezember und versuchte es, auch Preußen da hineinzuziehen. Als aber Preußen feststand, ließ Oesterreich alle seine Kriegsprojekte fallen, die auch gewiß stets sehr unbestimmter Art gewesen waren. Es erscheint sogar als sehr wahrscheinlich, daß der Kaiser seinen auswärtigen Minister absichtlich unbewußt hat vorschreiten lassen, um die Westmächte sicher zu machen und doch zu thun, was er gewollt hat.“

Buol trieb, wie an anderer Stelle im einzelnen nachgewiesen wurde¹⁵, sein Versteckspiel sogar so weit, daß er selbst seine Ausführungsorgane, die diplomatischen Vertreter in fremden Hauptstädten, nur unvollständig über dieses Grundproblem der österreichischen Politik unterrichtete, aus

[. . .] sollte man fast glauben, daß man in Wien den Krieg wolle; wenigstens thut man daselbst [. . .] Alles um ihn herbeizuführen [. . .].“ (AGKK III Nr. 87 S. 194). – Dagegen sagte die Kaiserin-Mutter, Erzherzogin Sophie, im Gespräch mit E. v. Manteuffel am 22. Dezember 1854: „Graf Buol hat uns doch sehr gut bedient, er hat in Allem Recht gehabt, was er voraussagt, und hat Alles durchgesetzt, was er gewollt hat.“ (E. v. Manteuffel an Friedrich Wilhelm IV., 23. Dezember 1854. ZStA Merseburg, Rep. 50 E, Nr. 27, Vol. II, f. 284–285. Vgl. auch Eckhart, S. 146. Borries, S. 206, verlegt dieses Gespräch irrtümlich in den Juli 1854.)

¹³ Ausführlich belegt bei Baumgart, Aktenedition, S. 220–225, im Kapitel „Buols Verwirrspiel mit der österreichischen Kriegsbereitschaft“. Vgl. auch unten S. 56.

¹⁴ Gerlach, Denkwürdigkeiten, S. 325.

¹⁵ Baumgart, Aktenedition, S. 220–221.

Furcht, auf diesem Wege seine Karten aufzudecken. Neben Gerlach war es noch Bismarck, der, obwohl er der österreichischen Politik mit starken Vorurteilen gegenüberstand, ihren wahren Kern witterte¹⁶.

Fragt man nach den Gründen für dieses allgegenwärtige ängstliche Bestreben der österreichischen Führung, den Krieg zu vermeiden, so lassen sie sich sämtlich auf einen Faktor zurückführen: den Selbsterhaltungstrieb der österreichischen Großmacht. Ein Kriegseintritt, auf welcher Seite auch immer, auf russischer oder auf westmächtlicher Seite, hätte nach allen Berechnungen zu einer Machtminderung, wahrscheinlich sogar zum Zusammenbruch des Vielvölkerreichs geführt. Österreich hatte wie keine der anderen Großmächte wegen seines inneren Gefüges wie auch wegen seiner geographischen Lage seine Interessen rundum in allen Himmelsrichtungen zu verteidigen. Es war die verwundbarste von allen Großmächten. Nach den schweren Erschütterungen der Revolution befand es sich in einer labilen Phase innerer Konsolidierung. Finanziell stand es am Rande des Staatsbankrotts, wie die verschiedenen Mobilmachungen und Demobilmachungen während des Krimkriegs zeigen. Militärisch hätte es in jedem Fall die Hauptlast eines europäischen Krieges zu tragen gehabt. In einem daraus hervorgehenden territorialen Rearrangement hätte es, ob auf seiten der Sieger oder nicht, die Zeche zu bezahlen gehabt¹⁷. Hin und wieder spukt durch die Quellen der damaligen Zeit das Wort vom zweiten kranken Mann Europas, den es zu beerben gelte. Haupttriebfeder der österreichischen Krimkriegspolitik war also blanke Furcht, Furcht vor der Wiederkehr der sozialen Revolution, Furcht vor einem neuen Völkeraufstand. Die Erfahrungen von 1848/49 steckten den Leitern der österreichischen Politik noch tief in den Knochen.

¹⁶ Otto Fürst von Bismarck, Die gesammelten Werke. Bd. 14,1. Briefe. Hrsg. v. Wolfgang Windelband u. Werner Frauendienst, Berlin (1933), Nr. 502, S. 351, zit. Bismarck, Gesammelte Werke; 7. April 1854: „Glaubt man denn wirklich bei uns, daß Oestreich ernstlich daran gehn werde, [...] einen Krieg auf Tod und Leben mit Rußland entweder allein zu führen oder sich 200 000 Franzosen in den Pelz zu setzen [...]?“; Nr. 566, S. 399, 27. April 1855: „Führt Oe[streich] erst Krieg gegen R[ußland], so ist es auch ‚unter dem Daumen‘ von Frankreich und muß acceptiren, was ihm in Betreff seiner Stellung zu Italien, zum Orient oder zu Polen von dem Verbündeten, der am langen Ende des Hebels sitzt, auferlegt wird. Das scheint so klar, daß selbst Buol es einsehn muß [...]“; Nr. 589, S. 424, 21. Dezember 1855, Buol im Gespräch mit Beust: „Aber wir haben niemals daran gedacht, Krieg führen zu wollen [...]“; die ‚Demonstration‘ Oestreichs würde ohne das gewirkt haben, wenn Deutschland sich ihr nur angeschlossen hätte.“

¹⁷ Zu dieser offensichtlichen, in der früheren Forschung aber ganz unzureichend beachteten Argumentation ausführlicher Winfried Baumgart: Der Friede von Paris 1856. Studien zum Verhältnis von Kriegführung, Politik und Friedensbewahrung, München/Wien 1972, S. 65–77. Jetzt auch in der englischen Neuauflage ders., The Peace of Paris. Studies in War, Diplomacy, and Peacemaking. Santa Barbara/Oxford 1981, S. 37–46. Ferner die Einleitung zu AGKK III S. 19–23.

Wieder ist es Leopold von Gerlach, der für diese Angst- und Schwächepolitik Österreichs ein untrügliches Gespür hatte. Am 14. November 1854 schrieb er in einem Brief an Bismarck¹⁸: „Die Oesterreichische Politik ist eine Politik der Furcht, basirt auf die schwierige innere und äußere Lage in Italien, Ungarn, in den Finanzen, in dem zerstörten Recht, in der Furcht vor Bonaparte, in der Angst vor Russischer Rache u.s.w., auch in der Furcht vor Preußen, dem sie viel mehr Böses zutrauen, als sich irgend Jemand je gedacht hat, und quasi durch dies Alles gerechtfertigt. Meyendorff sagt: mein Schwager ist ein politischer Hundsott, er fürchtet den Krieg, allerdings mehr einen Krieg mit Frankreich, als mit Rußland. Dieses Urtheil ist ganz richtig, und diese Furcht ist das, was Oesterreich bestimmt.“

3. Zur Kennzeichnung der österreichisch-preußischen Beziehungen

Hält man sich dieses Zusammenspiel der Motive für die österreichische Politik, wie sie in einigen außerösterreichischen Quellen anklingen und durch die österreichischen Akten klar nachweisbar sind, vor Augen, so lassen sich die Beziehungen der Donaumonarchie zu Preußen in den Jahren des Krimkriegs in teilweise neuem Licht betrachten. Es kann hier nur darum gehen, ein paar Hauptmomente des Verhältnisses der beiden deutschen Großmächte herauszugreifen und diese mit Hilfe der neuen österreichischen Akten, der schon bekannten und der noch unveröffentlichten preußischen Quellen zu beleuchten.

Eines der wesentlichen Merkmale des österreichisch-preußischen Verhältnisses sind das gegenseitige Mißtrauen und die gegenseitige Mißgunst. Es ist der deutsche Dualismus, der nach 1849 in seine letzte Phase trat, durch den Krimkrieg neu verschärft wurde und damit Voraussetzungen für seine Lösung zehn Jahre später schuf. Schon im Gefolge der Revolution hatte er sich in der preußischen Unionspolitik nördlich des Mains und in der Schwarzenbergischen Politik der Restauration des von Österreich beherrschten Deutschen Bundes zugespitzt. So wie Otto von Manteuffel, der preußische Ministerpräsident, während des Krimkriegs noch unter einem Olmütz-Komplex laborierte, wandelte Buol in seiner Deutschlandpolitik in den Bahnen seines Vorgängers Schwarzenberg. Nimmt man die bisherigen Quellen zusammen, so geht aus ihnen hervor, daß zu Beginn der orientalischen Krise der Versuch zu einheitlichem Auftreten gegenüber

¹⁸ Leopold von Gerlach: Briefwechsel des Generals Leopold von Gerlach mit dem Bundestags-Gesandten Otto von Bismarck. Berlin 2. Auflage 1893, S. 204–205, zit. Gerlach, Briefwechsel.

den europäischen Flügelmächten Europas gemacht wurde, der Versuch zur Bildung eines mitteleuropäischen Blockes, um den drohenden Kriegsausbruch zu verhüten¹⁹. Er scheiterte jedoch rasch, da Manteuffel und Friedrich Wilhelm ihn zur Erlangung der Parität auf dem deutschen Felde ausnutzen wollten, Buol dies aber nicht zugestand²⁰.

Von diesem Zeitpunkt ab – November/Dezember 1853 – trennten sich die Wege der beiden deutschen Mächte. Daran änderte auch das scheinbare Zusammengehen in dem Schutz- und Trutzbündnis vom 20. April 1854 nichts. Buol dürfte sich zu der Einsicht durchgerungen haben, daß sich Preußen in ein antirussisches Fahrwasser, in das er zur Eindämmung der russischen Macht steuern zu müssen glaubte, nicht würde zwingen lassen. Er behandelte von da ab Preußen und den Deutschen Bund – überspitzt formuliert – als *Quantités négligeables* in der orientalischen und europäischen Krise²¹. Nach außen hin aber trieb er eine rührige Politik auf dem deutschen Felde, um den Westmächten, zu denen er sich zunehmend hinneigte, die Schwierigkeiten vor Augen zu führen, die dem österreichischen „Kriegswillen“ Zügel anlegten. Alle folgenden diplomatischen Maßnahmen, die er in Berlin und Frankfurt unternahm – vom preußisch-österreichischen Schutz- und Trutzbündnis vom April 1854 bis zum Bundestagsbeschluß vom Februar 1856 – hatten nur vordergründig das Ziel, der österreichischen Macht den diplomatischen und militärischen Rückhalt zu verschaffen, dessen sie in dem „erwarteten“ Krieg gegen Rußland bedurfte. In Wirklichkeit verfolgten sie den Zweck, einmal Rußland durch Drohgebärden zu imponieren, sodann den Westmächten österreichische Aktivität im Hinblick auf den Kriegseintritt vorzuspiegeln und das eigene nur augenscheinliche Drängen zum Krieg von Preußen zähmen zu lassen.

¹⁹ Eine der zentralen Quellen ist der Erlaß Buols an Thun, Wien, 26. November 1853 (AGKK I Nr. 244, S. 441–443).

²⁰ Vgl. O. v. Manteuffel an Arnim, Berlin, 1. Dezember 1853 (Manteuffel, S. 197); O. v. Manteuffel an Arnim, Berlin, 20. Dezember 1853 (ebenda S. 209–210). – Otto Freiherr von Manteuffel: Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten, Bd. 3, hrsg. v. Heinrich v. Poschinger, Berlin 1901, S. 339–340. – Buol an Kuefstein, Wien, 26. Februar 1854 (AGKK I Nr. 352 S. 625: „Die orientalische Frage ist gegenwärtig die dominierende; sind wir aber in dieser einig so kann Preußen auch in Deutschland kein Schisma wollen“). – Prokesch an Buol, Frankfurt, 20. März 1854 (ebenda Nr. 392 S. 687–688).

²¹ So urteilte Buol über die Mitwirkung Preußens an der Formulierung der Vier Punkte: Dies käme angesichts der entschlußlosen Haltung Preußens dem Versuch gleich, das Meer leerzutrinken. Nach gefaßtem Entschluß solle Preußen zur Unterstützung aufgefordert werden; zeige es sich widerstrebend, „on passerait outre“. (Buol an Hübner/Collaredo, Wien, 29. Juli 1854. AGKK II Nr. 129 S. 312.) Vgl. auch unten Anm. 37 und 52; ferner AGKK II Nr. 175 S. 390, Nr. 306 S. 649–650, Nr. 401 S. 817.

Diese Interpretation ist nur kühn, wenn man die oben skizzierten Grundmaximen der österreichischen Politik, das aus Furcht gespeiste Bestreben, den Kriegsbeitritt durch Finassieren und Lavieren solange wie möglich zu umgehen, außer acht läßt. Schaut man sich einige der Etappen im Verhältnis Österreichs zu Preußen und zum übrigen Deutschland mit Hilfe der Quellen in dieser Hinsicht an, so erscheint diese Deutung als durchaus schlüssig. Wie oben bereits angedeutet, läßt sich feststellen, daß Österreich die orientalische Krise seit dem gescheiterten Versuch zu gemeinsamem österreichisch-preußischem Vorgehen in erster Linie in ihren europäischen Bezügen behandelte, sie gewissermaßen europäisierte, während Preußen sie zunehmend in ihrer Verwendbarkeit für die deutsche Frage, im Sinne eines Gleichziehens mit Österreich als Nahziel und eines Überflügelns des Rivalen als Fernziel, behandelte²², sie also gleichsam germanisierte.

4. Das Bündnis vom 20. April 1854

Die Initiative zum Aprilbündnis, in dem die beiden Mächte für die Dauer des Krieges ihren Besitzstand sich garantierten, keine Separatbündnisse mit anderen Mächten einzugehen versprachen und Preußen sich (in einem Zusatzartikel) verpflichtete, Österreich militärisch beizuspringen, falls dieses von Rußland im Zuge der Besetzung der Donaufürstentümer angegriffen würde, ging von preußischer Seite aus²³. Die Gründe, die Preußen dazu bewogen, sind rasch aufgezählt: Zunächst stand

²² Vgl. Buol an Hess, Wien, 25. März 1854: „Der Grundgedanke der preussischen Politik ist, uns in Deutschland den Rang abzugewinnen, die Wurzeln der deutschen Stellung Österreichs zu lockern und endlich herauszureißen, sich erst des vorherrschenden Einflusses, dann der ausschließlichen Führerschaft, zuletzt der völligen Herrschaft über Deutschland zu bemächtigen.“ AGKK I Nr. 401, S. 719.

²³ Friedrich Wilhelm IV. an Franz Joseph, Berlin, 11. März 1854 (Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Kabinettsarchiv, Geheimakten, Preußen 7. Abschriften auch im Geheimen Staatsarchiv [GStAPK] Berlin-Dahlem, III. HA, I.A.A.b. 56, sowie im ZStA Merseburg, Rep. 50 E. Nr. 27, Vol. I, f. 5-6). Vgl. auch die einschlägige Literatur: Borries, S. 153-183, Eckhart, S. 42-62, Bernhard Unckel: Österreich und der Krimkrieg. Studien zur Politik der Donaumonarchie in den Jahren 1852-1856, Lübeck und Hamburg 1969 (Historische Studien 410), S. 122-123; Paul W. Schroeder: Austria, Great Britain, and the Crimean War. The Destruction of the European Concert, Ithaca/London (1972), S. 153-168, zit. Schroeder, Austria. – Ein paar der preußischen Quellen sind veröffentlicht bei Manteuffel, S. 390-394, 397-410. – Wichtig Gerlach, Denkwürdigkeiten, S. 122-124, 128-141. – Die österreichischen Quellen jetzt in AGKK I Nr. 397-402 S. 704-724; AGKK II Nr. 3-5, 7-9, 12, 16-19, 21, 25-27 = S. 73-78, 80-87, 92-94, 100-110, 112-113, 118-123.

die eventuelle Erneuerung des preußisch-österreichischen Geheimvertrages vom Mai 1851 im Jahre 1854 ohnehin an; in Berlin hatte man sich mit der Erneuerung in den vorausgegangenen Monaten bereits vertraut gemacht²⁴. Der unmittelbare Anlaß war die preußische Weigerung, eine Vier-Mächte-Konvention zu unterzeichnen, der gemäß Rußland zur Räumung der Fürstentümer aufgefordert werden sollte. Preußen fürchtete, in die Isolierung zu geraten, und wollte sich zumindest mit Österreich, wenn auch nicht mit den Westmächten, auf ein Zusammengehen einlassen. Dahinter stand der Gedanke, einen kompakten mitteleuropäischen Block zu bilden, der zwischen Ost und West eine Vermittlerrolle spielen sollte. Ein damit zusammenhängendes Motiv war, Österreich vom Abgleiten ins westmächliche Lager abzuhalten und dadurch selbst der Notwendigkeit enthoben zu werden, sich entweder Rußland oder den Westmächten anzuschließen und die Kriegslasten mitzutragen. Ein weiterer Zweck war, Österreichs Interventionsabsichten von den Donaufürstentümern auf den westlichen Balkan abzulenken.

Betrachtet man diese Gründe im Zusammenhang, so wird deutlich, daß aus preußischer Sicht das Bündnis eine Rußland wohlwollende Tendenz haben sollte. Man wird weiter fragen, warum das Bündnis eine Defensiv- und Offensiv-Allianz war. Der offensive Charakter, wie er in Artikel 2 und im Zusatzartikel zum Ausdruck kommt, entstammte wiederum preußischer, nicht österreichischer Initiative²⁵. Aus den unveröffentlichten preußischen Akten geht nun hervor, daß dieser Offensivcharakter ursprünglich nicht gegen Rußland gerichtet sein sollte²⁶, wie er im Zusatzartikel schließlich zum Vorschein kam, sondern gegen Frankreich²⁷.

Die Gründe, durch die Österreich zum Abschluß des Aprilbündnisses bewogen wurde, erscheinen komplizierter, sind aber logischer Bestandteil dessen, was oben über die Grundsätze der österreichischen Krimkriegspolitik gesagt wurde. Demnach muß von der traditionellen Auffassung in der Historie Abschied genommen werden, nach der sich Österreich durch das Bündnis freien Rücken oder gar den preußischen Rückhalt für sein angeblich offensives Vorgehen gegen Rußland habe verschaffen wollen²⁸. Diese Auffassung stützt sich auf das ostensible Vorgehen Österreichs in den

²⁴ Vgl. Gerlach, Denkwürdigkeiten, S. 94, 106.

²⁵ Das ergibt sich klar aus dem in Anm. 23 genannten Brief Friedrich Wilhelms IV.

²⁶ Deshalb empfand L. v. Gerlach den auf die Donaufürstentümer bezüglichen geheimen Zusatzartikel als „verlorene Bataille“ für Preußen. Vgl. Gerlach, Denkwürdigkeiten, S. 141, und Gerlach, Briefwechsel, S. 163.

²⁷ E. v. Manteuffel an Friedrich Wilhelm IV., Wien, 21. März 1854 (ZStA Merseburg, Rep. 50 E, Nr. 27, Vol. I, f. 160); E. v. Manteuffel an Friedrich Wilhelm IV., Wien, 27. März 1854 (ebenda f. 189–190).

²⁸ Als Beispiele seien genannt Eckhart, S. 48 („Buol wollte also mit Preußens Unterstützung Krieg gegen Rußland führen“) und S. 54; Borries, S. 196 („kriegslüsterner Buol“).

folgenden Monaten: die österreichische Aufforderung an Rußland, die Donaufürstentümer zu räumen, und deren Besetzung durch österreichische Truppen. Sie ließe sich ebenso auf die ostensiblen Verlautbarungen Buols, seine Drohgebärden gegenüber Rußland, ja sogar auf Aussagen in Aktenstücken intimeren Charakters, wenn man diese selektiv liest²⁹, stützen. Aber die wahren Motive sind zutiefst defensiver Natur, wie sie oben skizziert worden sind.

Aus den neuen österreichischen und preußischen Quellen läßt sich das folgendermaßen nachweisen: Zunächst ist im einschlägigen internen österreichischen Schriftverkehr das Bestreben unmißverständlich, eine Kriegserklärung gegen Rußland unter allen Umständen zu vermeiden. In einer der Instruktionen Buols an Feldzeugmeister Hess, der auf österreichischer Seite das Bündnis in Berlin auszuhandeln hatte, vermerkte Buol³⁰: „Wir wollen nicht die Schwächung der Macht Rußlands, noch das Auftauchen ausschweifender Pläne der Seemächte, wir gedenken daher in keinem Falle, Rußland auf seinem Gebiete anzugreifen, und werden diesen Unterschied mit dem größten Nachdruck geltend zu machen wissen.“ In einer weiteren Instruktion übermittelte Buol dem österreichischen General die Formulierung eines Paragraphen des mit der politischen Konvention gleichzeitig abzuschließenden Militärabkommens³¹: „Als militärische Norm für die verbündeten Armeen gilt der Grundsatz, daß der Zweck der wechselseitigen Hülffleistung nur Abwehr eines Angriffes sei.“ Er gab Hess dazu die Erläuterung, „daß dieser rein abwehrende [Hervorhebung im Original] Charakter Ihrer Stellung überall auf das entschiedenste festgehalten und namentlich in der unzweideutigsten Weise als das wesentlich bezeichnende Merkmal des Bündnisses zwischen Oesterreich und Preußen hingestellt werde“. Diese allgemeine Grundsatzklärung war als Ersatz für die von Preußen vorgeschlagene spezifische Stipulation gedacht, daß „nur im Falle einer hartnäckigen wiederholten Offensive des Gegners, und selbst dann nur auf möglichst kurze Zeit, das Kriegstheater auf das jenseitige Gebiet verlegt werden dürfe“. Als Begründung für den Formulierungsaustausch wurde angeführt, Rußland – das von der Konvention Kenntnis erhalten würde – über die preußischen und österreichischen Absichten weitgehend im Unklaren zu lassen, da es sonst „unstreitig sich zur Fortsetzung eines Krieges mit so ungleichen Chancen ermuthigt finden müßte“.

Franz Joseph drückte gegenüber Edwin von Manteuffel dieses Bestreben

²⁹ Dieser Gefahr ist m.E. der Bearbeiter von AGKK II, Werner Zürrer, erlegen (vgl. dort S. 1–5). Seine an der tradierten Auffassung orientierte Interpretation ist ein weiterer Hinweis, wie schwer durchschaubar die österreichischen Quellen sind und wie gut Buol seine wahren Absichten zu camouflieren verstand.

³⁰ AGKK I Nr. 401 S. 723.

³¹ AGKK II Nr. 19 S. 109.

mit folgenden Worten aus³²: Er hoffe, „daß es nicht zum Kriege mit Rußland kommen würde, das Schwert des Damocles [. . .] müsse aber über ihm schweben bleiben, sonst sei [. . .] nichts von Rußland zu erwarten“. Auch von Buol erfuhr Manteuffel diesen Grundgedanken der österreichischen Politik: „Um [. . .] Rußland in Schach zu halten, sei es nothwendig, daß es so lange der Krieg dauere, nie wiße, was Preußen, Östreich und Deutschland am andern Tage thun würde.“ Aus denselben österreichischen und preußischen Quellen geht auch immer wieder die Berechnung Buols hervor, Rußland durch die Kriegsdrohung Mitteleuropas zum Frieden zu zwingen³³. Dem preußischen Ministerpräsidenten schrieb Buol am 2. Juni 1854 in einem Privatbrief³⁴: „So lange, als mir immer möglich, soll das Bündniß als eine Waffe zum Frieden benutzt werden, allein eben um zu diesem Zwecke auszureichen, muß auch recht bestimmt konstatiert sein, daß wir nöthigenfalls auch die äußersten Konsequenzen acceptiren würden. Unsere Aufgabe ist die, den Kaiser von Rußland von der Vergeblichkeit seiner Anstrengungen zu überzeugen. Gelingt es uns dann, dieselbe Erkenntniß und dieselbe Stimmung bei den Seemächten hervorzurufen, so könnten beide Theile für den Frieden bestimmt werden.“

Aus den letzten Worten Buols geht schließlich noch ein weiteres Motiv hervor, aus dem heraus er das Bündnis mit Preußen einging: nicht nur gegenüber dem aggressiven Rußland sollte das Gewicht Österreichs durch Preußen und das übrige Deutschland verstärkt werden, sondern auch gegenüber übertriebenen Kriegszielen der Westmächte, falls diese eine zu nachhaltige Schwächung Rußlands verfolgten. Schließlich schien ihm eine Neutralität im preußischen Sinne nach dem nunmehr entbrannten Krieg zwischen den Westmächten und Rußland auch gefährlich für die deutschen und österreichischen Interessen. Denn wer gebe die Garantie, daß sich die drei kriegführenden Mächte nicht zuletzt untereinander über die orientalische Krise einigten, den Status quo im Orient, auf dem Balkan, an der unteren Donau, in den Donaufürstentümern umwürfen, ohne auf die Interessen des beiseite stehenden Mitteleuropa zu achten³⁶? In dieser

³² E. v. Manteuffel an Friedrich Wilhelm IV., Wien, 3. April 1854 (ZStA Merseburg, Rep. 50 E, Nr. 27, Vol. I, f. 210–214). Das folgende Zitat ebenda.

³³ Die Reihe der einschlägigen Belege ist lang. Hier nur eine Auswahl aus den ersten Monaten des Jahres 1854: Buol an Franz Joseph, Wien, 16. Januar 1854: „Gelänge es [. . .], ganz Mitteleuropa, das vereint über höchst imposante Streitkräfte verfügen kann, in eine und dieselbe moralische Haltung zum Zwecke der Bewahrung des Weltfriedens zu bringen, so wäre ein solches Resultat vollkommen geeignet, sowohl die Sprache, die wir in Petersburg zu führen hätten, wesentlich zu unterstützen als auch jedem ungestümen Drängen Englands und Frankreichs mit Nachdruck und Würde entgegenzutreten.“ (AGKK I Nr. 279 S. 508.) – Ganz ähnlich Franz Joseph selbst in der Ministerkonferenz am 23. Januar 1854 (ebenda Nr. 287 S. 524). – Buol an Hess, Wien, 25. März 1854: „Wenn dann Rußland wüßte, [. . .] daß es den Krieg nicht an die österreichische oder preussische Gränze verlegen dürfte, ohne die Waffen eines Bundes

von 70 Millionen gegen sich zu haben, so würde es vielleicht noch Mittel und Wege zu finden wissen, in die Bahn der Mäßigung wieder einzulenken.“ (Ebenda Nr. 401 S. 723.) – Buol an Hess, Wien, 10. April 1854: „Weit entfernt, die Kriegsgefahr zu vermehren, würde eine solche Maßregel [eine preußische Truppenaufstellung] [. . .] in St. Petersburg gewiß nur eine dem Frieden günstige Wirkung hervorbringen.“ (AGKK II Nr. 17 S. 106.) – Buol an Thun, Wien, 10. April 1854: „Es dürfte vielmehr in Rußland den Berechnungen der gewöhnlichsten Klugheit angemessen seyn, sich recht ernstlich zu bedenken, ob man nebst dem noch zu bestehenden Kampfe noch mit 70 Millionen anbinden wolle, die vielmehr ganz bestimmt aussprechen mit Rußland keinen Krieg zu wollen.“ (Ebenda Nr. 18 S. 107.) – E.v. Manteuffel an Friedrich Wilhelm IV., Wien, 10. April 1854 (gibt Gespräch mit Buol wieder): „[. . .] es sei gar nicht anzunehmen, daß Rußland bereits im Kriege mit 3 Mächten, auch noch einer Macht von 70 M. E. den Krieg erklären würde: getraue es sich dazu, so läge darin der beste Beweis, daß Rußland bereits zu mächtig geworden sei. Graf Buol sprach es als seine feststehende Überzeugung aus, daß Rußland durch dieses gemeinschaftliche bestimmte Handeln zum Nachgeben veranlaßt, daß nur so der Krieg selbst vermieden werden würde.“ (ZStA Merseburg, Rep. 50 E, Nr. 27, Vol. I, f. 227. Abschrift im GStAPK Berlin-Dahlem, III. HA, I.A.A.b. 52 Vol. I.) – Von einem Bestreben Österreichs, die mobilisierten preußischen Truppen auch tatsächlich gegen Rußland einzusetzen (außer natürlich im Kampf um Leben und Tod), ist in den österreichischen Quellen nichts zu spüren. Die Mobilisierung der preußischen Truppen war vielmehr als Demonstration gegen Rußland gedacht, als „moralische Unterstützung“ Österreichs durch Preußen, wie es stets heißt. Vgl. z. B. AGKK I Nr. 279 S. 508 [„eine und dieselbe moralische Haltung zum Zwecke der Bewahrung des Weltfriedens“]; ebenda Nr. 287 S. 521 [„Preußen u. den deutschen Bund zu derselben moralischen Haltung zu bewegen“]; AGKK I Nr. 369 S. 652 [„Cette unité morale est notre plus forte arme contre la Russie“]; AGKK II Nr. 130 S. 313 [„das Bedürfnis einer kräftigen moralischen Unterstützung Oesterreichs durch Preußen (. . . die) am wirksamsten durch eine Aufstellung von zwei oder drei Corps an den östlichen Gränzen Preussens erreicht wird“]).

³⁴ Manteuffel, S. 433. Vgl. auch Buol an die kaiserlichen Gesandtschaften in Deutschland, Wien, 17. Juni 1854: „Lassen sie uns hoffen daß ein baldiger Anschluß an einen Vertrag [Aprilvertrag], der uns so lange als möglich eine Waffe des Friedens seyn soll – nöthigenfalls aber auch unsre Rechte und Ehre schirmen soll, der kläglichen Rolle ein Ende machen wird, die Deutschland dermalen in den Augen Europas spielt.“ (AGKK II Nr. 81 S. 224.)

³⁵ Vgl. auch das erste der in Anm. 33 aufgeführten Zitate, ferner Buol an Hess, Wien, 14. April 1854: Man solle in Berlin bedenken, „wie gewichtvoll [. . .] die deutschen Mächte auftreten werden, wenn sie auf der bereits feststehenden Grundlage eines umfassenden Einverständnisses ihre Mitwirkung zum gemeinsamen Zwecke bethätigen werden, eben dadurch aber auch in den Stand gesetzt sind, etwaigen übertriebenen Anforderungen [der Seemächte] ein mäßigendes Gegengewicht entgegenzustellen.“ (AGKK II Nr. 21 S. 113.)

³⁶ E. v. Manteuffel an Friedrich Wilhelm IV., Wien, 27. März 1854 (im Gespräch mit Buol, ZStA Merseburg, Rep. 50 E, Nr. 27, Vol. I, f. 186–190. Abschrift auch im GStAPK Berlin-Dahlem, III. HA, I.A.A.b. 56, Vol. 140, Journal-Nr. A 1415). – Buol fürchtete z. B., daß sich England von Rußland Vorteile in Asien gegen die Überlassung der Fürstentümer an Rußland ausbedingen könne (Buol an Thun, Wien, 5. März 1854. AGKK I Nr. 360 S. 637).

Überlegung zeigt sich deutlich, daß Österreich im Orient viel größere Interessen zu verteidigen hatte als Preußen.

Die krassen Unterschiede in den Motiven, die jede Seite dem Aprilbündnis unterschob, sind die einfache Erklärung dafür, daß es sofort nach seinem Abschluß zu Auslegungsstreitigkeiten kam. Jede Seite wollte die andere in ihr politisches Fahrwasser hinüberziehen; Preußen verfolgte mit dem Bündnis das Ziel einer rußlandfreundlichen, frankreichfeindlichen bewaffneten Neutralität, Österreich genau das Gegenteil, einen Rußland drohenden und Frankreich beschwichtigenden Zweck. Auf dem deutschen Felde blieb das Bündnis, soweit es positive Ziele, etwa das einmütige Auftreten in der orientalischen Krise innerhalb und außerhalb Deutschlands, anstuern sollte, ein toter Buchstabe. In der Folgezeit jedenfalls betrieb Buol ohne Rücksicht auf die bündnismäßige Konsultationspflicht seinen Kurs, die kriegführenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen und dafür das österreichische Gewicht in die Waagschale der Westmächte, jedoch ohne den österreichischen Kriegsbeitrag, zu senken.

In den nunmehr vorliegenden Quellen finden sich sogar Andeutungen, daß Buol vor den Bündnisverhandlungen und während derselben die Bindungen an Preußen auf die leichte Schulter nahm, ja sie ungerne, eigentlich nur auf Drängen seines Kaisers und der ihn beratenden Ministerkonferenz einging³⁷. Immer wieder betonte er Berlin gegenüber die österreichische Handlungs- und Entscheidungsfreiheit, um dadurch klarzumachen, daß für Österreich ein mitteleuropäischer Neutralitätskurs nicht in Frage komme. In einer der Instruktionen für Hess skizzierte er treffend die preußischen Intentionen und maß daher den Verhandlungen des Generals in Berlin indirekt nur den Wert zu, „wenigstens die Sachlage“ aufzuklären³⁸ (gemeint ist wohl, dem Kaiser, der Ministerkonferenz und nicht zuletzt Hess selbst, die Augen über die Österreich nicht wohlwollende Politik Preußens zu öffnen). Als am 14. April die Berliner Verhandlungen über den Zusatzartikel, der vorerst wichtigsten österreichi-

³⁷ Das geht aus Äußerungen Buols vor den Ministerkonferenzen Ende März 1854 und während derselben hervor, z.B.: „Ein Vorgehen auf vollkommen gleicher Linie mit Österreich wäre [. . .] von Preußen u. den übrigen deutschen Bundesstaaten nicht zu erwarten und hierauf wäre wohl auch unser Begehren nicht einmal zu richten.“ (AGKK I Nr. 393 S. 692.) Dazu Hess in der Ministerkonferenz am 22. März 1854: „In dem einzigen Punkte weiche seine Meinung von jener des Grafen Buol ab, daß nämlich letzterer die absolute Nothwendigkeit bestreite erst der preussischen eventuellen Hülfe ganz versichert zu sein, ehe wir aktiv in die orientalische Frage eingreifen können.“ (Ebenda Nr. 395 S. 700.) Vgl. auch Paul W. Schroeder: A Turning Point in Austrian Policy in the Crimean War: the Conferences of March, 1854, in: Austrian History Yearbook 4/5 (1968/69) S. 159–202 (hier S. 168).

³⁸ Oben Anm. 22 (in der dort genannten Instruktion die Anm. f).

schen Trophäe, ins Stocken gerieten, gab Buol der preußischen Regierung zu verstehen³⁹, daß er lieber die Wiener Konferenz, also die gemeinsamen preußisch-österreichischen Verhandlungen mit den Westmächten, fortsetzen wolle. Schon am 30. März hatte er Edwin von Manteuffel dieses Konzept entwickelt und ihm die Alternative vorgeführt, falls Preußen einen Viermächtevertrag nicht schließen wolle, könne Österreich dies auch allein tun, und zwar unter der Bedingung, daß Preußen der spätere Beitritt zu diesem Vertrage offengehalten und ihm sein Mitwirken bei eintretendem Friedensschlusse zugesichert werde⁴⁰.

5. Das Dezemberbündnis und Buols Politik gegenüber Preußen

Eben dieses Konzept hat dann Buol im Dezember 1854 durch das Bündnis mit den Westmächten und im November 1855 durch das österreichisch-französische Memorandum, in dem Preußen der Beitritt zum Ultimatum an Rußland und zu den eventuellen Friedensverhandlungen angeboten wurde, verwirklicht. Daran ließ er sich weder durch das Aprilbündnis noch durch den wiederum auf preußische Initiative hin zustande gekommenen neuen Zusatzartikel vom 26. November 1854 hindern. Mit seinen Prognosen und Berechnungen über das russische Verhalten hatte er inzwischen vollkommen recht bekommen. Auf die österreichische Sommation vom 3. Juni hin, die Preußen nolens volens unterstützte, räumten die Russen die Donaufürstentümer. Durch Notenaustausch mit den Westmächten am 8. August 1854, an dem sich Preußen nicht beteiligte, wurden die berühmten vier Kriegszielpunkte gegenüber Rußland festgelegt, die letzteres Ende November, damit aber zu spät, als Diskussionsgrundlage für einen Frieden akzeptierte. Denn inzwischen stand das Dezemberbündnis mit den Westmächten kurz vor dem Abschluß, in dem Österreich seine Beteiligung am Krieg in Aussicht stellte, falls sich die Kriegführenden nicht in kürzester Frist zu Friedensunterhandlungen in Wien zusammenfänden.

Diese Maßnahmen Österreichs gegenüber Rußland (Aufforderung zur Rückkehr zum Status quo ante bellum) und sein Verhalten gegenüber Preußen (Einladung zur Akzession zu den österreichischen Maßnahmen) liefen 1854, wie schon angedeutet (ähnlich ist es mit der österreichischen Politik 1855), nach einem einheitlichen Muster ab: Die Forderungen

³⁹ Buol an Hess, Wien, 14. April 1854 (AGKK II Nr. 21 S. 112).

⁴⁰ E. v. Manteuffel an Friedrich Wilhelm IV., Wien, 30. März 1854 (ZStA Merseburg, Rep. 50 E, Nr. 27, Vol. I, f. 195–199. Abschrift im GStAPK Berlin-Dahlem, III. HA, I.A.A.b. 52, Vol. II, Journal-Nr. A 1504).

wurden mit jeweils gestiegenem Härtegrad, der sich von der Kriegslage herleitete, an Rußland gestellt, dieses lehnte sie als mit seiner Würde unvereinbar ab, da es auf dem Kriegsschauplatz noch zu keiner Entscheidung gekommen war, nahm sie nach einer längeren Pause, aber nicht zuletzt durch preußisches Drängen, an, als es indessen zu spät war und ihm ein neuer Forderungskatalog übermittelt wurde, mit dem sich das Spiel wiederholte. Österreich zog dadurch Rußland und Preußen zu guter Letzt hinter sich her und konnte sich der Aufforderung der Westmächte zum Kriegseintritt immer wieder entziehen.

Preußen machte dieses Spiel aber nur bis zum Dezemberbündnis mit. Von da an trennten sich die Wege der beiden widerstrebend verbündeten deutschen Mächte endgültig. Preußen verweigerte die ihm angebotene Akzession zum westmächtlichen Bündnis, schloß sich dadurch endgültig, wie es in der damaligen Sprache der Diplomatie stets heißt, aus dem Europäischen Konzert aus und betätigte sich nun vornehmlich und mit wachsendem Erfolg auf dem deutschen Exerzierfeld, während es in der europäischen Politik, in der es jetzt nur noch bilateral vorging, in Form der dilettantischen Sondermissionen Friedrich Wilhelms nach Paris und London eine traurige Rolle spielte. Österreich auf der anderen Seite widmete sich jetzt mehr und mehr den spezifischen österreichischen Interessen und den europäischen Aspekten des Krimkrieges, während es auf dem Frankfurter Terrain nur Pflichtübungen vollführte und dadurch immer mehr Boden an Preußen verlor.

Daß Buol Preußen in seiner Krimkriegspolitik längst abgeschrieben hatte, zeigt die Art und Weise, in der er das Dezemberbündnis von 1854 mit den beiden Westmächten einging. Er umgab die Verhandlungen mit dem Schleier tiefsten Geheimnisses, und trotz der regen preußischen Agenten- und Nachrichtentätigkeit gelang es ihm, das Geheimnis bis zum Schluß zu wahren. Dieselbe Taktik wandte er – mit demselben Erfolg – noch einmal ein Jahr später an, als es nach dem Fall von Sevastopol darum ging, mit Napoleon über die Rußland zu stellenden Friedensbasen ins reine zu kommen (österreichisch-französisches Memorandum vom 14. November 1855) und sie nach englischer Zustimmung Rußland als Ultimatum zu stellen (16. Dezember 1855).

Daß Buol in dieser brüskierenden Weise mit seinem Alliierten verfuhr und damit zumindest dem Geiste des Aprilvertrages zuwiderhandelte, hatte zweierlei Gründe: Erstens hatte er längst erkannt, daß die Deutschland- und Rußlandpolitik beider Mächte nicht auf ein Gleis zu bringen war; zweitens mußte er bei Erfüllung seiner moralischen Konsultationspflicht gegenüber Preußen voraussetzen, daß vertrauliche und geheime Informationen von Berlin postwendend nach St. Petersburg weitergemeldet würden und damit seine Strategie, Rußland durch Ungewißheit über die Ernsthaftigkeit des österreichischen Kriegswillens zum Aufgeben zu zwingen, durchkreuzt worden wäre.

Über den ersten Punkt hatte Buol in diesen Monaten eine schwere Auseinandersetzung mit seinem diplomatischen Vertreter in Konstantinopel, Baron Bruck, geführt, die schließlich im Januar 1855 mit der Abberufung Brucks endete⁴¹. Bruck verfocht gegenüber seinem Minister, aber auch ganz offen in seinem diplomatischen Tätigkeitsbereich, den Plan, an der Spitze eines mitteleuropäischen Blocks von 70 Millionen den Frieden nach Ost und West zu vermitteln und durch wohlwollende Behandlung Rußlands und haßerfüllte Frontstellung gegen England den österreichischen Einfluß auf dem Balkan massiv zu erhöhen. Buol mußte eine solche Politik als naiv und gefährlich zugleich ansehen. Sie gründete sich auf die Illusion, daß Preußen sich der österreichischen Führungsrolle in Deutschland im wesentlichen widerspruchslos unterordnen und seine Taler und Bajonette österreichischen Balkaninteressen uneigennützig zur Verfügung stellen würde. Buol erkannte dagegen richtig den scharfen Gegensatz der beiden Mächte in ihren deutschen Zielen und die Gegenläufigkeit ihrer Balkaninteressen und ihrer Rußlandpolitik. In diesem Sinne schrieb er Bruck am 16. Oktober 1854 in einem privaten Brief⁴²: „Wir wollen einen guten Frieden von Rußland erhalten, wenn nöthig selbst erzwingen. So lange es die vier Punkte nicht als Unterhandlungsbasis angenommen, sind wir Rußlands G e g n e r . Diesen Frieden können wir n u r im Einvernehmen mit den Seemächten erringen. Darum ist das e r s t e Interesse daß nichts dieses Einvernehmen störe. Eine große Einigung mit Deutschland um nach Osten und Westen hin den Ausschlag zu geben, ist ein schöner aber leerer Traum. Preußen fühlt nur Haß und Mißgunst für uns, und die kleinen Staaten kann man höchstens zu dem was ihnen frommt zwingen.“

Was den zweiten Grund betrifft, warum das Dezemberbündnis ohne Konsultation mit Berlin abgeschlossen wurde, so hatte Buol während der ganzen Krimkriegsjahre Veranlassung genug, die Verschwiegenheit des Berliner Kabinetts und des preußischen Königs als gering zu veranschlagen. Dieser Faktor ergab sich gar nicht einmal aus irgendeinem Übelwollen des preußischen Ministerpräsidenten oder des Königs, sondern aus der personellen und institutionellen Desorganisation der politischen Führung Preußens. Leopold von Gerlach nannte diese Zerfahrenheit eine durch guten Willen moderierte Anarchie⁴³. In seinem Tagebuch stellte er einmal die Frage, die bis heute noch nicht voll beantwortet ist⁴⁴: „Ob es einmal einem Historiker, der Gerechtigkeit üben will, möglich sein wird, zu

⁴¹ Vgl. dazu Paul W. Schroeder: Bruck versus Buol: The Dispute over Austrian Eastern Policy, 1853–1855, in: Journal of Modern History 40 (1968) S. 193–217.

⁴² AGKK II Nr. 233 S. 509.

⁴³ Borries, S. 40–41. Vgl. auch AGKK III Nr. 38 S. 115.

⁴⁴ Gerlach, Denkwürdigkeiten, S. 298.

scheiden was bei der Preußischen Politik der Jahre 1849–1855 von dem Könige, was von seinen Ministern, was von der an seinem Hofe wirkenden ‚kleinen aber mächtigen Partei‘ ausgegangen?“ Graf Arnim, der preußische Gesandte in Wien, beschwerte sich bei seinem Minister über die Indiskretionen in Berlin, die jeden Gesandten kompromittieren müßten⁴⁵: „Sollte es [. . .] nicht möglich sein, dem Herumschleppen der Depeschen, die im königlichen Zimmer wie Zeitungen aufliegen, an die übrigen Ministerien und an andere Personen gelangen, ein Ende zu machen und andere Einrichtungen zu treffen?“

Buol wußte von diesem desolaten Zustand und mußte ihn selbstverständlich in seinem Kalkül berücksichtigen. Als der Aprilvertrag abgeschlossen wurde, ging er davon aus, daß er – auch der Geheimzusatz – Rußland binnen kurzem mitgeteilt werden würde⁴⁶. Deswegen legte Buol, wie schon vermerkt, Wert auf eine möglichst vage Formulierung einzelner Stipulationen. Als er im August 1854 seinen diplomatischen Vertreter in Berlin gegen einen neuen, den Grafen Georg Esterházy, austauschte, meldete dieser in einem seiner ersten Berichte, daß die Einzelheiten seiner Mission über Baron Budberg, den russischen Gesandten in Berlin, der mit der nächsten Umgebung des Königs verkehre, dem russischen Kabinett mitgeteilt würden⁴⁷. Als sich am 22. Dezember 1854 Edwin von Manteuffel, der wieder einmal in Sondermission in Wien weilte, beim Kaiser im Namen seines Königs über die Brückierung durch den Bündnisschluß mit den Westmächten beschwerte, antwortete ihm Franz Joseph⁴⁸: „Die Verhältnisse hätten das größte Geheimniß erfordert, die Unterhandlungen hätten schon längere Zeit gedauert und hätten Rußland verschwiegen bleiben müssen, weil wenn Rußland etwas davon erfahren hätte, dies den Frieden gefährdet haben würde.“ Höhepunkt der skandalösen Berliner Zustände war der sogenannte Potsdamer Depeschendiebstahl, der im Oktober 1855 aufflog⁴⁹. Aus ihm ging hervor, daß sich der Kabinettschef, Otto von Manteuffel, und der Chef der Kamarilla, Leopold von Gerlach, gegenseitig politische Depeschen wegstahlen und daß diese sogar ins Ausland gelangten. Auf diese Weise fanden z. B. Nachrichten über die Stimmung am Petersburger Hof und über russische Operationspläne ihren Weg nach Paris.

⁴⁵ In einem Bericht vom 22. März 1855 (Manteuffel, Bd. 3, S. 81).

⁴⁶ Das geschah durch einen Brief Friedrich Wilhelms IV. an Zar Nikolaus, Charlottenburg, 29. April 1854 (Manteuffel, Bd. 2, S. 416–417).

⁴⁷ AGKK II Nr. 141 S. 333.

⁴⁸ E. v. Manteuffel an Friedrich Wilhelm IV., Wien, 23. Dezember 1854 (ZStA Merseburg, Rep. 50 E, Nr. 27, Vol. II, f. 280).

⁴⁹ Berichte G. Esterházy nach Wien in: AGKK III Nr. 38 S. 114–116 (dort Anm. 3 Literaturhinweise).

Angesichts der Existenz einer solchen europäischen Spionagehochburg und geheimen Nachrichtenbörse in Berlin mußte sich Buol berechtigt fühlen, gegenüber Preußen größte Verschwiegenheit zu üben. Als er am 16. Dezember 1855 das Ultimatum an Rußland abgehen ließ, informierte er die preußische Regierung, die es in Petersburg unterstützen sollte als Voraussetzung für ihre Teilnahme an den Friedensverhandlungen, davon nicht von Kabinett zu Kabinett, sondern von Souverän zu Souverän und das auch erst am Tage des Abgangs des Ultimatus, um so den preußischen König persönlich für die erwartete Indiskretion verantwortlich machen zu können. Er ging sogar davon aus, daß der Wortlaut seines Ultimatus in Petersburg vor der Ankunft des Übermittlers, des Grafen Valentin Esterházy, dem Petersburger Kabinett schon durch den Berliner Telegraphen bekannt sein würde⁵⁰. Die Tatsache ist heute aus den Quellen noch nicht zweifelsfrei nachzuweisen, dürfte aber sehr wahrscheinlich zutreffen.

Die gleiche Vorsicht, die Buol gegenüber der preußischen Regierung in rebus diplomaticis walten ließ, übte er auch grundsätzlich gegenüber anderen deutschen Kabinetten, da auch sie über einen guten Draht nach St. Petersburg verfügten. Er machte es sich zur Pflicht, ihnen nur solche politische Mitteilungen zu machen, die er auch nach Petersburg gelangen lassen wollte⁵¹. Dieser Umstand ist sicherlich ein Grund dafür, daß in den deutschen Archiven, in München, Stuttgart, Dresden usw. so wenig aussagekräftige Quellen über die österreichische Krimkriegspolitik vorhanden sind, und ist auch einer der Gründe, warum die Historie über Buols Arkanpolitik so lange im Dunkeln tappte.

Das Dezemberbündnis benutzte Buol ebenso wie das Aprilbündnis als „Waffe zum Frieden“, um sein eigenes Wort zu verwenden. Es war keinesfalls ein weiterer Schritt auf dem Wege zum baldigen Kriegseintritt. Österreich zwang dadurch die streitenden Parteien erneut an den Verhandlungstisch, gelangte jedoch wegen englischen Widerstands nicht zum erhofften Frieden.

6. Österreich und der Deutsche Bund

In ähnlicher Weise, in der Buol Preußen für seine Friedenspolitik einzuspannen suchte, bemühte er sich auch, allerdings mit noch geringerem innerem Engagement, um die Unterstützung seiner Politik durch den

⁵⁰ Ebenda Nr. 69 S. 170.

⁵¹ Buol an die kaiserlichen Gesandtschaften in Deutschland, Wien, 17. Juni 1854 (AGKK II Nr. 81 S. 223). – Buol an Apponyi, Wien, 11. Mai 1855 (ebenda Nr. 455 S. 916).

Deutschen Bund. Aus den Beziehungen Österreichs zum übrigen Deutschland während der Krimkriegsjahre⁵² sollen abschließend, und zwar nur exemplarisch, einige markante Momente herausgehoben werden, um dadurch die bisher so verkannte Friedensstrategie Buols zu charakterisieren.

In den Beziehungen der deutschen Mächte untereinander fanden durch den Krimkrieg entscheidende politische Verschiebungen statt. Ebenso wie Österreich die orientalische Krise benutzte, um sich allmählich aus der jahrzehntelangen, als drückend empfundenen Vormundschaft Rußlands zu lösen und sich den Westmächten hinzuneigen, dabei aber bedacht war, sich bei ihnen nicht in erneute Abhängigkeit zu begeben, also zu neuem großmachtpolitischem Selbstbewußtsein gelangte – Schwarzenberg hat diesen Weg inauguriert, Buol hat ihn fortgesetzt –, ebenso benutzte auch Preußen, wenn auch weniger planvoll, die europäische Krise, um sich in der deutschen Frage gegenüber Österreich Vorteile zu verschaffen, behutsam und unter der Decke wieder Unionspolitik zu treiben, kurz, die in der Metternich-Ara als selbstverständlich hingegenommene Präsidialstellung Österreichs in Frage zu stellen und Paritätsforderungen zu erheben. Für Preußen fand der Krimkrieg fast ausschließlich auf deutschem Terrain statt.

Ein entsprechendes Spiel trieben aber auch die mittleren deutschen Staaten, die Bamberger. Seit der Revolution von 1848/49 war für sie der Krimkrieg nach der Krise um Kurhessen und die preußische Unionspolitik von 1850 sowie nach den Zollvereinswirren von 1852 die dritte Gelegenheit, sich die Rivalität der beiden deutschen Großmächte zur Stärkung ihrer eigenen Unabhängigkeit im deutschen Bereich und sogar, wie im Falle Sachsens und Bayerns, im europäischen Bereich zunutze zu machen. Wiederholt erregte sich Buol über den „Souveränitätsdünkel“ und geißelte Bismarck den „Souveränitätsschwindel“ der deutschen Mittelstaaten⁵³. Auf der anderen Seite finden sich in den Quellen, besonders in den jetzt veröffentlichten österreichischen, bayerische usw. Forderungen nach tätigerer Mitwirkung an einer gesamtdeutschen Krimkriegspolitik

⁵² Darüber ist eine Dissertation meiner Schülerin Ulrike Schramm zu erwarten. Vgl. für die Schlußmonate des Krimkriegs meine Einleitung in: AGKK III S. 27–28; ferner für 1854/55 die Einleitung Werner Zürrers in: AGKK II S. 28–34, mit der ich mich allerdings in wichtigen Punkten nicht zu identifizieren vermag.

⁵³ Vgl. z.B. AGKK II Nr. 455 S. 915; Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 14,1 Nr. 445 S. 302. – Buol konnte sich über das Bedürfnis der Mittelstaaten, in der Großen Politik mitzuspielen, sehr sarkastisch auslassen. Er gab ihm aus zweierlei Gründen nicht nach: 1. weil die schwerfällige Bundesmaschinerie ihm gerade in wichtigen Augenblicken, in denen es auf rasche Entscheidungen ankam, seinen Handlungsspielraum eingeengt und ihm die Entscheidungsfreiheit praktisch genommen hätte; 2. weil er als Vertreter einer Großmacht gegenüber den mittleren Mächten streng hierarchisch dachte. Beispiele: AGKK II Nr. 68 S. 199, 4. Juni 1854: „Les petits Etats allemands sont détestables. Cela

und Klagen über die Geringschätzung der Mittelstaaten durch Preußen und besonders durch Österreich. Immer wieder hielt Pfordten, aber mit geringem Echo, Buol vor, Bayern und andere Bundesmitglieder könnten Österreich nicht unterstützen, wenn man ihnen nur vollendete Tatsachen zur Registrierung vorlege, sie als „Nullen hinter Ziffern, bloße Werbbezirke der beiden Großmächte“ behandle⁵⁴.

In der großen Krise des Tages haben die deutschen Mittelstaaten eine Rußland im ganzen wohlwollende Neutralitätspolitik verfolgt. Sie haben damit zum guten Teil die preußische Linie eingeschlagen und sich den wiederholten Aufforderungen zur Unterstützung der nach Westen neigenden österreichischen Politik widerhaarig gezeigt. Nach dem Dezember 1854 hat sich Österreich mit seinen Vorhaben und Anträgen in Frankfurt nicht mehr richtig durchsetzen können. Die Gründe für die Rußland schonende Neutralitätslinie der Mittelstaaten liegen neben den engen dynastischen Beziehungen und neben dem Bestreben, ihre Unabhängigkeit zu stärken, in der Überlegung, daß Rußland die letzte konservative Stütze in Europa sei, von der ihre Existenz abhängt, und in der Furcht vor einer französisch-russischen Verständigung, in deren Gefolge sie auf einen Rheinbundstatus herabgedrückt würden.

Österreich verfolgte mit seiner Politik am Deutschen Bund ein ganzes Bündel innen-, deutschland- und europapolitischer Ziele zugleich. In seiner nach der Revolution inaugurierten neuen Politik der Zentralisierung und Germanisierung, die mit dem Namen Bach eng verknüpft ist, bedurfte Österreich der Verwurzelung im deutschen Boden noch stärker als zuvor. Auch in der in ein neues Stadium getretenen Austragung des deutschen Dualismus war die Existenz des Deutschen Bundes eine Lebensfrage für Österreich. Während es im Interesse Preußens lag, den Bund zu lockern und vielleicht schließlich aufzulösen, um seine Unionsziele zu erreichen, während er also, wie es Bismarck einmal ausdrückte, höchstens „die negative Bedeutung einer Assekuranz für Kriegs- und Revolutionsgefahr“

peut faire des embarras mais ne pas nous arrêter.“ AGKK II Nr. 81 S. 223, 17. Juni 1854: „[. . .] es kann [. . .] nicht verlangt werden, daß jeder specielle Fall den lähmenden Formen der Geschäftsordnung des Bundes unterworfen werde. Eine Europäische Frage von dieser Tragweite kann wahrlich nicht im Schoße des Bundestages wie die Frage eines allgemeinen Paß Gesetzes behandelt werden. Ganz unzulässig aber war die von Minister v.d. Pfordten angeregte Zumuthung daß selbst noch **v o r g e s c h e h e n e m A n s c h l u ß e** eine von einer Groß Macht an eine andre erst ergehende Mittheilung vorerst dem Gutachten des Bundestages unterlegt werde.“ AGKK II Nr. 346 S. 723, 25. Januar 1855: „Zu langen diplomatischen Auseinandersetzungen wird die Zeit wahrlich zu kostbar.“ AGKK III Nr. 71 S. 173, 16. Dezember 1855: „Que Mr v.d. Pfordten comprenne donc qu'elle peut encore moins se faire à Francfort.“

⁵⁴ Eckhart, S. 70.

hatte⁵⁵, bildete der Bund für Österreich umgekehrt einen Damm gegen die preußischen Unions- und Vergrößerungsbestrebungen. Im europäischen Rahmen bedeutete er eine notwendige machtpolitische Untermauerung, um die erstrebte neue Unabhängigkeitsstellung in Europa erreichen und behaupten zu können. In der Existenzfrage nach Krieg und Frieden war die Identität österreichischer und deutscher Interessen notwendig, um Rußland die Aussichtslosigkeit seiner gefährlichen Expansionspolitik auf dem Balkan vor Augen zu führen und es zum baldigen Friedensschluß zu zwingen, andererseits aber auch, um gegenüber den Westmächten mit größerem Gewicht auftreten zu können. Der österreichischen Politik gegenüber Preußen und dem Deutschen Bund lag schließlich das bisher noch gar nicht erkannte Kalkül zugrunde, zum Schein die Voraussetzungen für den österreichischen Kriegseintritt – durch Mobilisierung der preußischen und der übrigen Bundestruppen – zu erbringen, sich in Wirklichkeit jedoch in den Kriegsvorbereitungen durch den preußischen und deutschen Widerstand bremsen und zähmen zu lassen⁵⁶.

An zwei Beispielen sollen die verschiedenen Funktionen der Buolschen Deutschlandpolitik veranschaulicht werden.

Am 14. Januar 1855, also in der Zeit der Vorbereitung auf die Wiener Friedenskonferenzen zwischen den kriegführenden Parteien unter Beteiligung Österreichs, sandte Buol an einige der deutschen Höfe zwei Zirkulardepeschen, von denen die eine die österreichische Absicht kundtat, am Bundestag die Mobilisierung der halben Bundeskontingente zu beantragen, die andere geheime (nach Berlin nicht mitgeteilte) für den Fall des Scheiterns eines solchen bundeseinheitlichen Vorgehens die vertrauliche Anfrage an einzelne deutsche Fürsten richtete, ob sie sich in solch einem Fall mit Österreich militärisch verbinden würden. Als Gegenleistung sicherte Österreich ihnen ihren Territorialbestand und einen „Anteil“ an den Errungenschaften des Krieges zu⁵⁷.

⁵⁵ Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 14,1 Nr. 445 S. 302.

⁵⁶ Vgl. Prokesch an Buol, Frankfurt, 6. September 1854: „Ich bin also auf die Annahme, als die wahrscheinlichste gewiesen, daß Seine Majestät der Kaiser den Krieg nicht will. In diesem Falle kann es allerdings in unserem Interesse liegen, uns durch Preußen lähmen zu lassen [. . .].“ (AGKK II Nr. 181 S. 400.) – Bismarck an L. v. Gerlach, Frankfurt, 7. April 1854: „Sobald wir entschieden auftreten mit der Erklärung, daß wir einer aggressiven Politik gegen Rußland unsre Unterstützung versagen, haben wir alle Deutschen Regierungen für uns und Oestreich ist froh, unsrer für die Defensive sicher zu sein. Vielleicht will man in Wien auch garnicht mehr als das erreichen [. . .].“ (Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 14,1 Nr. 502 S. 351.) – Es ist selbstverständlich, daß die angedeuteten Ziele, die sich zum Teil gegenseitig ausschließen, für einen Vollblutpolitiker nicht unverrückbar waren, sondern den Umständen angepaßt werden mußten, so daß einige jeweils in den Hintergrund, andere in den Vordergrund traten.

⁵⁷ Text in: Aktenstücke zur orientalischen Frage. Nebst chronologischer Uebersicht zusammengestellt v. Julius von Jasmund, Bd. 1, Berlin 1855, Nr. 291–292, S. 413–416, zit. Aktenstücke.

Auf den ersten Blick mag es scheinen, als habe Buol mit diesem neuen Vorstoß sich des militärischen Beistands oder doch der Rücken- und Flankendeckung der deutschen Staaten versichern wollen, um nun endlich die unabdingbaren Voraussetzungen für Österreichs Kriegseintritt zu schaffen. Tatsächlich hat man sich damals in Deutschland kopfschüttelnd die Frage gestellt – die Geheimdepesche wurde natürlich bald bekannt und sollte sicherlich auch zur Kenntnis Preußens und Rußlands gelangen –, wie sich denn die ostensible Friedensoffensive in Form der Wiener Verhandlungen und diese heimliche Kriegstreiberei miteinander vertragen⁵⁸. Und der sächsische Minister Beust beschuldigte Buol, „Oesterreichs Politik [. . .] sei nur auf Rechnung des Krieges gestellt, und einen solchen Gang könne Sachsen nicht unterstützen“⁵⁹.

Eine derartige Interpretation geht jedoch in die Irre. Das Geheimzirkular war nicht Teil eines österreichischen Kriegsplans, den es gar nicht gab, sondern Bestandteil der von Anfang an konsequent verfolgten Friedensstrategie. Zwischen den Vorbereitungen zu den Wiener Friedenskonferenzen und dem Zirkular besteht kein Gegensatz, sondern ein Zusammenhang. Aus einem Privatbrief Buols an seinen diplomatischen Vertreter in Dresden geht er mit wünschenswerter Klarheit hervor⁶⁰: „Die Demonstration die wir dem Bund zumuthen, soll uns eben den Frieden bringen. [. . .] Durch diese Demonstration soll ja eben der Krieg vermieden werden, in den, einmal wir verwickelt, Deutschland nothgedrungen mit hineingerissen würde. [. . .] Fühlt man denn nicht, mit welcher ganz anderem Gewichte wir in den Verhandlungen auftreten würden, wenn Deutschland etwas mehr thun wollte, als uns unwillig und schmollend zu folgen?“ Der Mobilisierungsantrag und der geheime Antrag an einzelne deutsche Regierungen sollten Druck auf Rußland ausüben, daß es in den anberaumten Friedensverhandlungen die Vier Punkte endlich voll und befriedigend annehme: „Wie man erwarten kann ein Resultat, welches jedenfalls bedeutende Opfer für Rußland involvirt, ohne Kraftentwicklung zu erhalten, ist mir nicht faßlich.“

Das war also die eine Funktion der Geheimdepesche. Eine andere war, auch auf die angesprochenen deutschen Staaten Druck auszuüben, sich in ihrem Schaukelsystem zwischen Preußen und Österreich für letzteres zu entscheiden, aus Furcht vor dem angedrohten Zusammenbruch des Bundes, auf dessen Existenz sie noch mehr als Österreich angewiesen waren, für den österreichischen Mobilisierungsantrag zu stimmen. Bismarck hat in jenen Wochen in diesem „Territionssystem“ eines der Motive für Buols Vorstoß vermutet⁶¹. Er dürfte damit Recht gehabt haben. Denn Buol

⁵⁸ Vgl. Eckhart, S. 154.

⁵⁹ Buol an Kuefstein, Wien, 25. Januar 1855 (AGKK II Nr. 346 S. 722).

⁶⁰ Ebenda S. 723. Das folgende Zitat ebenda.

⁶¹ Bismarck an Karl Friedrich von Savigny, Frankfurt, 23. Januar 1855 (Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 14,1 Nr. 542 S. 378).

selbst schrieb am 4. Februar 1855 in einem Privatbrief an Baron Prokesch in Frankfurt⁶²: „Unsre geheime Depesche war eine Probe welche die deutschen Staaten ziemlich schlecht bestanden haben. Sie wollen sich nicht gerne zwischen Oesterreich und Preußen aussprechen, der dualistische Hader convenirt ihnen; indessen im äußersten Falle würden sie sich doch noch eher mit uns vertragen.“

Drittens sollte mit dem Geheimzirkular wohl auch auf Preußen Druck ausgeübt werden, sich den besonders vom König heiß ersehnten Beitritt zur Friedenskonferenz durch Akzession zum Dezemberbündnis, also durch einen Rußland feindlichen, den Frieden fördernden Akt zu erkaufen. Und schließlich sollte den Westmächten Wohlverhalten vorgespielt werden: daß Oesterreich kein Mittel unversucht lasse, um Deutschland zu sich herüberzuziehen und eines der letzten Hindernisse für den Kriegseintritt beiseitezuräumen⁶³.

Daß die Geheimdepesche nicht ernst gemeint war, geht auch daraus hervor, daß Buol die abschlägigen Antworten der deutschen Höfe erwartet hatte⁶⁴. Dieser Deutung steht auch nicht entgegen, daß Buol in den vorausgegangenen Wochen Anzeichen der Bereitschaft einiger deutscher Staaten – wie Hannovers und Bayerns – zu Separatbündnissen erhalten hatte⁶⁵. Mit seiner Geheimdepesche schien er auf solche Fühler einzugehen, jedenfalls mußte sie nun nicht unglaubwürdig erscheinen.

Ganz ähnlich muß auch der österreichische Mobilisierungsantrag vom 22. Januar 1855 interpretiert werden, der am 8. Februar in Frankfurt scheiterte, als bekanntlich Bismarck statt dessen die Kriegsbereitschaft des Deutschen Bundes „in jeder Richtung“, also sowohl gegen Osten als auch gegen Westen, durchsetzte⁶⁶. Buol nahm diese offensichtliche Niederlage mit verhältnismäßiger Gelassenheit auf, die wiederum nur darauf schließen läßt, daß er eigentlich darauf gefaßt war. Man muß sich vergegenwärtigen, daß damals auch militärische Verhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich im Gange waren, die von österreichischer Seite aus nicht ernsthaft geführt wurden⁶⁷. Alle diese Maßnahmen erweisen sich also als ineinandergreifende Bestandteile einer schwer durchschaubaren, aber einheitlichen, logischen Friedensstrategie.

⁶² AGKK II Nr. 362 S. 747.

⁶³ Vgl. Bismarck an Karl Friedrich von Savigny, Frankfurt, 2. Februar 1855 (Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 14,1 Nr. 547 S. 382). – Bismarck an Leopold von Gerlach, Frankfurt, 10. Juni 1855 (ebenda Nr. 570 S. 403).

⁶⁴ So Buol in dem in Anm. 59 genannten Brief.

⁶⁵ Vgl. Apponyi an Buol, München, 10. Oktober 1854 (AGKK II Nr. 227 S. 497); Rechberg an Buol, Frankfurt, 14. März 1855 (ebenda Nr. 393 S. 802–803); Schroeder, Austria, S. 240.

⁶⁶ Texte in: Aktenstücke Nr. 286 S. 421–422 und Nr. 302–302a S. 432–433.

⁶⁷ Vgl. Baumgart, Aktenedition S. 224.

Der organische Zusammenhang des Mobilisierungsantrags mit dem Dezemberbündnis ist noch deutlicher als im Falle des geheimen Zirkulars. Als im Oktober 1854 der bayerische Ministerpräsident von der Pfordten sich nach Berlin und Wien begab, um zwischen der preußischen und österreichischen Position eine Brücke zu schlagen, warnte ihn Buol, gemäß seinem Grundaxiom, sich Handlungsfreiheit zu erhalten, von Österreich förmliche Verpflichtungen zu fordern⁶⁸: „Ein Versprechen, nicht zur Offensive zu schreiten oder in keinem Falle über die vier Punkte hinausgehen zu wollen [. . .] würde unser Auftreten jedes Nachdrucks berauben, unsere Action auf die Seemächte würde es gänzlich lähmen, und diesen den Vorwand bieten, auch ihrerseits einseitig in der Garantiefrage zu handeln und sich von den vier Punkten loszusagen.“ Er bezeichnete es als sein „Glaubensbekenntniß“, „daß Rußland einem einmüthigen Willensausdrucke Oesterreichs, Preussens und des deutschen Bundes nachgeben werde [. . .]. Eben deshalb legen wir auch so großen Werth auf eine militärische Demonstration Deutschlands.“

Bald darauf ging Buol das Dezemberbündnis mit den Westmächten ein, das Pfordtens Vermittlungsversuch abschnitt und Preußen ins europäische Abseits drängte. Trotz der bösen Verstimmung in Berlin und trotz der schlechten Erfahrungen mit der militärischen Mission Mayerhofer vom Sommer des Jahres, von der Österreich die Mobilisierung preußischer Truppen erhofft hatte, forderte es Preußen am 24. Dezember 1854 erneut zu Mobilmachungsmaßnahmen auf⁶⁹. Obwohl Preußen sich harthörig zeigte – was man in Wien kaum anders hatte erwarten dürfen –, wurde am 14. Januar 1855 den deutschen Mächten, wie schon ausgeführt, ein entsprechender Bundesantrag angekündigt, am 22. Januar tatsächlich gestellt und am 8. Februar, in einer anderen als der beantragten Richtung, beschlossen. Die Aussichten für einen Erfolg des österreichischen Vorstoßes erschienen von Anfang an sehr schlecht. Daß Wien ihn dennoch unternahm, läßt sich im Zusammenhang mit dem Dezemberbündnis nur als das Bestreben deuten, den Westmächten die österreichische Aktivität vorzuführen und sich ein Alibi zu verschaffen für die Weigerung, in den Krieg einzutreten. Die beste Lösung wäre gewiß ein Erfolg des Vorstoßes gewesen, um damit um so nachhaltiger auf Rußland drücken zu können. Das Scheitern war immerhin kein absolutes Übel, sondern die zweitbeste Lösung, da sie gegenüber den Westmächten verwertet werden konnte.

Für diese Deutung gibt es keine direkten Aussagen Buols, Aber die Ruhe, mit der er den blinden Schuß in Frankfurt aufnahm, lassen sie als schlüssig erscheinen. Vom Freiherrn von Prokesch gibt es immerhin eine Äußerung vom 12. Januar 1855, daß er vom militärischen Standpunkt die

⁶⁸ Buol an G. Esterházy, Wien, 23. Oktober 1854 (AGKK II Nr. 239 S. 520).

⁶⁹ Buol an G. Esterházy, Wien, 24. Dezember 1854 (Aktenstücke Nr. 284 S. 405–407).

Ablehnung der Mobilmachung „eher vorteilhaft als nachteilig“ aufnehme, „da eine bei Breslau stehende preußische Armee, nach dem ganzen Geiste der preußischen Politik, eher eine Gefahr für Oesterreich als für Rußland wäre“⁷⁰. Buol hatte sich mit dem Beiseite- und Abseitsstehen Deutschlands innerlich längst abgefunden; nach außen, besonders gegenüber den kriegführenden Parteien hütete er sich, diese Resignation zu zeigen. Bis zum Ende des Krimkriegs beschäftigte er den Bund mit österreichischen Anträgen und versuchte, das erwartete magere Ergebnis in seiner europäischen Politik zu verwenden.

7. Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich aufgrund der jetzt veröffentlichten österreichischen Quellen in dem hier gesetzten Rahmen sagen:

1. Österreich verfolgte von Anfang des Krimkrieges bis zu seinem Ende eine konsequente Friedenspolitik. Sie basierte 2. auf der Furcht, durch eine Beteiligung am Krieg die Monarchie schwersten Erschütterungen aussetzen, denen sie womöglich unterliegen würde. 3. Um sie angesichts des geringen Handlungsspielraums zum Erfolg zu führen, mußte die Friedenspolitik in Form einer Doppelstrategie betrieben werden: nach außen hin, gegenüber den Westmächten, um ihre Orientziele nicht ins Kraut schießen zu lassen, mehr noch gegenüber Rußland, um es durch Erhöhung seines Risikos zum Rückzug zu zwingen, mußten der Wille und die Bereitschaft zum Krieg zur Schau gestellt werden; tatsächlich blieb dadurch der Krieg lokalisiert, der ersehnte Frieden kalkulierbar. 4. Preußen und der Deutsche Bund sollten zum besseren Erfolg dieses verwickelten Spiels gewonnen werden. 5. Das preußisch-österreichische Aprilbündnis, aus preußischer Initiative hervorgegangen, blieb wegen der Unvereinbarkeit der ihm von beiden Seiten unterlegten Absichten ein toter Buchstabe, ließ sich aber trotzdem in Buols Friedenspolitik verwerten. 6. Seit dem Dezemberbündnis war der Versuch zu einem außenpolitischen Zusammengehen der beiden deutschen Großmächte endgültig gescheitert. 7. Buol setzte aber dennoch – in erster Linie ad usum delphini – seine Bemühungen fort, Preußen und den Deutschen Bund für die österreichische Politik zu gewinnen. Sie können zutreffend, wie am Beispiel des Geheimzirkulars vom 14. Januar 1855 und des gleichzeitigen Mobilisierungsantrages veranschaulicht wurde, nur unter dem Aspekt seiner Doppelstrategie gedeutet werden.

⁷⁰ AGKK II Nr. 326 S. 688.